

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946**

1 (1.3.1946)



# BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH.  
Karlstraße 1 b bis 5.  
Telefon 4051 bis 4053. — Bezirksausgaben für Pforzheim (Ebersteinstr. Nr. 9) und Bruchsal (Schönbornstr.)

1. Jahrgang

Karlsruhe, Freitag, 1. März 1946

Nummer 1

Einzelverkaufspreis 20 Pfg.  
Anzeigenpreis für die achtspaltige Normzeile RM 2.—, in den Bezirks-Ausgaben RM 1.—, Amtliche Anzeigen jew. die Hälfte.

## Begrüßung durch die Militärregierung

Das Erscheinen der neuen Zeitung „Badische Neueste Nachrichten“ begrüßend, heiße ich dieses neue deutsche Presseorgan herzlich willkommen. Mögen die Spalten der Zeitung durch die Verbreitung von Nachrichten und Neuigkeiten stets der Öffentlichkeit dienen und beständig Verständigung und Fortschritt fördern, die für die Entwicklung einer Gemeinschaft so unerlässlich sind. Ich bin gewiß, daß dieses neue Organ nicht nur die Unterstützung eines lebhaft teilnehmenden Leserkreises finden, sondern auch den schweren Anforderungen der Zeit gerecht werden wird, um so seinen Platz unter den führenden Zeitungen Deutschlands zu gewinnen.

Clifton Little,  
Colonel, Infantry

Detachment G 47 der Karlsruher Militärregierung übernimmt den neuen „Badischen Neuesten Nachrichten“ die besten Wünsche. Die Zeitung soll dazu dienen, nicht nur lokale, sondern auch internationale Nachrichten zu veröffentlichen. Die Herausgabe dieser neuen Zeitung soll einen weiteren Schritt darstellen im Wiederherstellungsprogramm. Keine größere Stadt kann ihrer Aufgabe im vollen Umfange gerecht werden, ohne eine freie demokratische Presse. Es ist daran zu hoffen, daß die neue Zeitung diese Aufgabe erfüllen wird.

William T. Neal  
Major, Infantry

## Die kommende Friedenskonferenz

Washington, 28. Februar. (AP) Der amerikanische Außenminister Byrnes erklärte am Dienstag, er habe immer noch Hoffnungen, daß die Pariser Friedenskonferenz zum vorgesehenen Zeitpunkt eröffnet werden könne. Nach seiner Meinung seien zwei Monate ausreichend, um die nötigen Vorarbeiten für die Friedensverträge mit Italien und den Balkanstaaten zu leisten. Sollte sich eine Verschiebung des Konferenzbeginns als unumgänglich erweisen, so schlage er ein Treffen der „vier Großen“ Außenminister in Washington noch vor Beginn der Friedenskonferenz vor.

## Nürnberg-Prozess:

### „Als hätte es Blut geregnet“

Ueber die Mittwoch-Sitzung im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozess berichtet die DANA:

Die unmenschlichen Experimente, die an den Häftlingen der KZ durchgeführt wurden, die Krankheiten und Verletzungen, an denen die Insassen der Lager infolge von Hunger und Mißhandlungen litten, werden in Zeugenaussagen und Briefen ehemaliger Häftlinge geschildert, die der Sowjet-Ankläger Oberst Smirnow im Rahmen seiner Beweisführung über Verbrechen gegen die Menschlichkeit dem internationalen Gerichtshof vorlegte.

Dr. Henri Limousin, Professor für pathologische Anatomie an der Universität Clermont-Ferrand, der am 5. Mai 1944 verhaftet und ins Militärgefängnis von Clermont-Ferrand gebracht wurde, berichtet über die Zustände in diesem Gefängnis:

„Die Nahrung war unzureichend. Die Zellen waren fest ohne Luftzufuhr und ohne jegliche Hygiene. Den Häftlingen wurde die elementarste medizinische Hilfe versagt, die Kranken wurden nicht gepflegt. Die Menschen hatten ungelutete Läuse, Flöhe und Wanzen. Die Vernehmungen wurden meistens der Gestapo mit bestialischer Grausamkeit durchgeführt. Ich habe Kameraden gesehen, denen es gelang, von der Vernehmung lebend zurückzukommen, sie waren mit Wunden bedeckt, die ihnen während der Vernehmung zugefügt wurden. Viele andere starben während des Verhörs. Polizisten verprügelten die Opfer, um sie zum Sprechen zu bringen. Ich habe eine junge Frau gesehen, die nicht nur verprügelt wurde, sondern auf deren Brust noch wochenlang Spuren der Brandwunden von Zigaretten, die die Polizisten während der Vernehmung auf ihren Körper gelegt hatten, zu sehen waren.“

Von Clermont-Ferrand wurde Professor Limousin in ein Gefangenlager bei Compiègne gebracht, wo er etwa drei Wochen blieb. Er sagt darüber:

## Für die Einheit Deutschlands

### Erklärung der vier Parteien Groß-Hessens

Wiesbaden, 28. Febr. (DANA) Die in der Eröffnungssitzung des Beratenden Landesausschusses von Groß-Hessen abgegebene Erklärung der vier Parteien, die vom Ministerpräsidenten, Prof. Geiler, an die zuständigen Stellen weitergeleitet werden soll, hat folgenden Wortlaut:

„Die Fraktionen der SPD, CDU, KPD und LFD nehmen das erstmalige Zusammentreten des Landesausschusses des Landes Groß-Hessen am 26. Februar 1946 zum erwünschten Anlaß, um sich im Namen der groß-hessischen Bevölkerung in folgender einmütiger Erklärung zusammenzufinden:

Das für die gegenwärtige Lage des deutschen Volkes entscheidend bestimmende Erbe der verbrecherischen Kastrophenpolitik des Hitler-Regimes ist die Zerschlagung unserer politi-

schen und wirtschaftlichen Einheit. Die Not von Land und Volk verlangt demgegenüber zehrfach die Feststellung, daß die elementarste Voraussetzung jeder dauernden Lebensmöglichkeit unseres Volkes in der Wiederherstellung dieser politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands besteht.

Die Konferenz von Potsdam hat festgelegt, daß während der Dauer der Besetzung ganz Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit behandelt werden soll und daß unter der Leitung von Staatssekretären deutsche zentrale Verwaltungsbehörden, namentlich auf den Gebieten der Finanzen, des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, des Außenhandels und der Industrie geschaffen werden sollen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß diese,

die wesentlichsten Vorbedingungen der wirtschaftlichen und sozialen Lebensmöglichkeiten unsers Volkes anerkennenden Grundsätze sobald als möglich in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

Wir bekennen uns darüber hinaus zu der Erwartung und dem Verlangen, daß die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands auch die seiner politischen Einheit folgt. Auf der Grundlage einer sinnvollen Ländergliederung unter sicherster Ablehnung eines jeden Separatismus soll ein politisch einheitliches Deutschland die entscheidenden Lebensfragen unsers Volkes lösen.“

## Württemberg-Badisches Vorparlament

### Der Aufbau des Verkehrswesens

Stuttgart, 28. Februar. (DANA)

Am Mittwoch wurde die 2. Arbeitssitzung des vorläufigen Volksvertretung von Württemberg-Baden eröffnet.

Der Präsident des Parlaments, Minister a. D. Wilhelm Keil, eröffnete die Sitzung und erinnerte daran, daß am gleichen Tage vor 13 Jahren, am 27. Februar 1933, der Deutsche Reichstag in Brand gesteckt worden sei und dies ein Tag der Entwürdigung des deutschen Namens geworden sei.

Im Mittelpunkt der Arbeitstagung stand der Rechtschlagsbericht des württembergisch-badischen Verkehrsministers Otto Stein-Mayer über den Aufbau des Verkehrswesens.

Er berichtete zunächst über die Schäden an den Verkehrsrichtungen, die durch die Angriffe der alliierten Luftstreitkräfte im letzten Jahr des Krieges und schließlich durch die eigenen sinnlosen Zerstörungen entstanden seien. Bahnbetrieb, Schifffahrt und Postbetrieb seien ganz zum Erliegen gekommen. Der Eisenbahnverkehr sei durch die Übernahme der Eisenbahn durch amerikanische Eisenbahngesellschaften zunächst für die Bedürfnisse der Besatzungsmacht wieder in Gang gekommen. Später seien deutsche Behörden eingesetzt worden. Bei der Postverwaltung lägen die Verhältnisse ähnlich. Nach und nach gingen die Aufgaben des Verkehrswesens auf die deutsche Ver-

waltung über und in der Landratsitzung am 5. Februar hätten die Ministerpräsidenten der drei Länder sich bereit erklärt, im Rahmen einer einheitlichen Betriebsführung und Verwaltung die Eisenbahn in die Länderhoheit zurückzunehmen.

Anschließend sprach Ministerialdirektor Erich Krauß vom Württembergisch-Badischen Wirtschaftsministerium.

Er sagte in seinem Vortrag über den Straßenverkehr, daß eine Katastrophe im Straßenverkehr unvermeidbar sei, wenn aus Bayern und Großhessen nicht 5-10 000 Bereifungen nach Nordwürttemberg und Nordbaden geliefert werden. Die Sorge um die Beschaffung der Reifen sei dringender und größer geworden als die Frage nach der Treibstoffbeschaffung.

## Amerikanische Baumwolle für Deutschland

Berlin, 28. Febr. (DANA) Die amerikanische Regierung hat angeboten, genügend Baumwolle an Deutschland zu liefern, um jeden Webstuhl in allen vier Zonen voll beschäftigt zu halten, erklärte Generalleutnant Lucius D. Clay, stellvertretender Millitärgouverneur der amerikanischen Zone, am Dienstag.

Durch diesen großzügigen Plan wird es möglich sein, nicht nur hunderttausenden von deutschen Textilarbeitern wieder Arbeit zu verschaffen, sondern vor allem auch die große Weltknappheit an Baumwollgütern aller Art zu lindern, wenn nicht zu beseitigen.

Im einzelnen ist vorgesehen, daß Deutschland durch Wiederausfuhr eines Teiles der Baumwollwaren die Rohstofflieferungen bezahle. Da der Wertanteil des Rohstoffes an der Fertigware nur 40 Prozent beträgt, verbleibe Deutschland nach Bezahlung der Rohstofflieferungen durch Fertigprodukte noch 60 Prozent der Baumwollwaren für seinen eigenen Bedarf. Das Angebot der amerikanischen Regierung beschränkt sich nicht auf Deutschland, sondern steht allen Ländern offen, deren Textilindustrie fähig und willens ist, davon Gebrauch zu machen.

Der Wiederaufbau der Textilindustrie in Deutschland wird auf dieser Grundlage leicht durchzuführen sein, da die Textilfabriken nicht so weitgehend wie andere Industriezweige auf Kohlen für ihre Betriebe angewiesen sind und daher schnell in Gang gebracht werden können. Eine Ladung von 10 000 Tonnen Rohbaumwolle ist bereits unterwegs und wird in Bremen erwartet.

## Aus aller Welt

DANA funkt

Washington, Richter Samuel J. Rosenman, einer der engsten Berater des verstorbenen Präsidenten Roosevelt, zitierte gestern in einer öffentlichen Ansprache Teile der letzten, nicht mehr gehaltenen Rede Roosevelts, in der es heißt: „Wir sehen uns heute der bedeutsamen Tatsache gegenüber, daß die menschliche Zivilisation nur erhalten werden kann, wenn wir die menschlichen Beziehungen und die Fähigkeit aller Völker, in der gleichen Welt zusammen zu leben und zu arbeiten, pflegen.“

London, Lord Jowett, der britische Lordkanzler, erklärte gestern abend im Oberhaus, das Ziel der Alliierten in Österreich sei die gründliche politische Säuberung des Landes und die Herstellung der völligen Unabhängigkeit Österreichs.

Paris, Der Ministerpräsident der republikanischen Exilregierung Spaniens, Jose Giral, erklärte, einer Reutersmeldung zufolge, daß seine Regierung in der Lage wäre, die Macht in Spanien ohne die geringste Störung im Leben der Nation sofort zu übernehmen, falls sich dies als notwendig erweisen sollte.

Paris, Die baskische autonome Bewegung in Paris gab am Dienstag bekannt, daß sieben Mitglieder der baskischen Metallarbeiter-Gewerkschaft durch die spanische Regierung verhaftet worden seien, meldet Radio Paris.

Rom, Prinz Umberto empfing gestern im Quirinal die in Rom weilenden Kardinele, sowie 2000 Mitglieder des italienischen Adels und des Diplomatischen Korps. Prinz Umberto hatte besonders den amerikanischen Kardinalen und Politikern für die Hilfe, welche die Vereinigten Staaten Italien gewährt haben.

Bukarest, Gestern begann in Bukarest der Prozeß gegen den ehemaligen Generalgouverneur von Besarabien, General Konstantin Vădulescu.

Athen, Der griechische Regent, Erzbischof Damaskinos, unterzeichnete ein Dekret, wodurch die Sitze im griechischen Parlament von 317 auf 354 vermehrt wurden. Damit soll dem Bevölkerungszuwachs in Griechenland Rechnung getragen werden. Ein Abgeordneter wird in Zukunft 22 000 Einwohner vertreten.

Athen, Evangelos Manganas, das Oberhaupt der griechischen Royalisten bei dem Aufstand in der Stadt Kalamata, wurde gestern von einem griechischen Gerichtshof in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Weitere Royalisten, die an den Kämpfen beteiligt waren, erhielten langjährige Freiheitsstrafen.

## Letzte Neuigkeiten

Moskau, 1. März. (AP) Die Telegramme ausländischer Presse- und Rundfunkkorrespondenten in der Sowjetunion brauchen vom 1. März ab nicht mehr der Presseabteilung des Außenministeriums vorgelegt zu werden, sondern werden direkt auf den Telegraphenämtern zensiert werden. Durch diese Maßnahme wird die Übermittlung der Telegramme erheblich beschleunigt.

London, 1. März. (AP) England verzeichnete in den letzten Tagen die heiligsten Schneefälle dieses Winters. Der Verkehr wurde zum Teil lahmgelegt. Von den Orkney-Inseln werden Schneeverwehungen bis zu einer Höhe von 4,50 m gemeldet. In Schottland wurden Hunderte von Schafen in den Schneemassen begraben.

Singapore, 1. März. (AP) Vier Angehörige der ehemaligen japanischen Militärpolizei wurden am Dienstag wegen Forderungen dreier Chinesen, von denen zwei starben, zum Tode verurteilt.

Batavia, 1. März. AP meldet, daß die Insel Ball im Stillen Ozean erst jetzt, sechs Monate nach Beendigung des Krieges im Pazifik, kapituliert hat. — Die Kapitulation der japanischen Inselbesatzung wurde an Bord der Fregatte „Loch-Eck“ auf der Höhe des javanischen Hafens Surabaya entgegengenommen.



BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN Zum Beginn

Der auf den Fundamenten brutaler Gewalt errichtete nazistische Staatsbau aus Lüge, Illusionen und Unmenschlichkeit ist vor rund zehn Monaten in Trümmer zerbrochen. Eine deutsche Demokratie ist neu entstanden, aufs schwerste belastet durch die unheilvolle Erbschaft des Nazismus. Eine Demokratie, die nicht aus eigener Kraft, sondern nur dank der Befreiung Deutschlands durch die alliierten Mächte das Ruder ergreifen konnte. Dies und der Einfluß zwölf Jahre währender Nazi-Propaganda erklären, daß die neue deutsche Demokratie vorerst ein Körper ist, der an einer gewissen Anämie leidet, der erst mit gesundem demokratischen Blut erfüllt werden muß, um kraftvolles Leben zu gewinnen. Die noch in ihm enthaltenen nazistischen, faschistischen, militaristischen und nationalistischen Giftstoffe und auch gewisse Übergangserscheinungen der Rekonvaleszenz — wie sie sich in partikularen Tendenzen und manchen „demokratischen“ Seltsamkeiten darstellen — müssen und werden restlos ausgerottet werden. Eine Austilgung, die eine Verpflichtung nicht nur Deutschland gegenüber ist, das wir ebenso lieben, wie wir jeden Nationalismus verabscheuen, sondern auch der Welt gegenüber. Einer Welt, an deren Leid das deutsche Volk eine Kollektivschuld trägt, die es, will es wieder gleichberechtigt in den Kreis der Nationen eintreten, sühnen muß. Freiwillig und ehrlich, ohne Ausflüchte und Winkelzüge. Uns auf diesem Wege, der ein harter, aber aufwärts führender Weg sein wird, die Achtung der Welt wieder zu erwerben, muß unser unverrückbares Ziel sein.

Die heute erstmals erscheinenden Badischen Neuesten Nachrichten — deren Charakter als freie Zeitung im wahren Sinne des Wortes Demokratie schwarz auf weiß bedeutet — werden in der Durchführung des Säuberungs- und Säuberungsprozesses ihre dringlichste Aufgabe erblicken und unermüdet an ihrer Verwirklichung arbeiten. Gleichzeitig wird die Zeitung ihre volle Kraft aufwenden, eine wahre Demokratie durchzusetzen. Ihr Prinzip wird dabei sein, unparteiisch jede der Parteien, alle aufbauenden politischen und religiösen Kräfte, zu Worte kommen zu lassen, dagegen diktatorische Gelüste in jeder Form, Intoleranz und Rassenhaß, kurz: alles, was bekämpft, was der Demokratie abträglich oder schädlich ist, in dem Wissen, daß die neue Demokratie vor dem verhängnisvollen Fehler ihrer Vorgängerin bewahrt werden muß, am Bruderzwist und an der Übertreibung des Demokratischen bis zum Selbstmörderischen zugrunde zu gehen. Dies zu verhindern werden die BNN von ihrem Rechte der Kritik wann immer erforderlich vollen Gebrauch machen, von einer Kritik in aufbauendem Sinne. Die freie Meinung zu äußern, auf Mißstände kritisch hinzuweisen — dazu wird die Zeitung unter der Rubrik „Das freie Wort“ auch ihren Lesern stets zur Verfügung stehen. Denn eines der Grundpfeiler der Demokratie, die nicht auf die Sphäre des rein Politischen beschränkt sein darf, sondern das Leben in allen menschlichen Beziehungen durchfluten muß, erblicken wir in dem Voltaire-Wort, dessen sinngemäße Wiedergabe besagt: „Ich teile ihre Ansicht nicht, aber ich will mich, notfalls mit meinem Leben, für ihr Recht auf freie Meinungsäußerung einsetzen.“ Wobei sich versteht, daß Tendenzen und Bewegungen menschenfeindlicher Art, wie wir sie in jüngster Vergangenheit erlebt und erlitten, verbannt sind.

Den sozialen Forderungen der Zeit, den wirtschaftlichen Notwendigkeiten und dabei auch den nötigen Reformen des Wirtschaftslebens werden wir in vollem Umfange Rechnung tragen und zu unserem bescheidenen Teil hierzu auch durch den Aufbau unserer Zeitung als den eines demokratischen Unternehmens auf sozialer Grundlage einen positiven Beitrag leisten. Den Geist demokratischer Gesinnung, die Achtung vor der Meinung des Anderen, wollen wir besonders in unserer Jugend wecken und fördern, die Jungen zu freien und aufrechten Menschen erziehen und versuchen, ihnen eine Haltung zur Selbstverständlichkeit werden zu lassen, für die es keinen besseren Begriff als den der Fairneß gibt. Und fair der Jugend gegenüber, werden wir ihr regelmäßig Raum in den BNN geben, ihre Gedanken auszudrücken, ihre Sorgen und Nöte zu äußern. Der Jugend als der Zukunft Deutschlands wird unsere Arbeit und Fürsorge in besonderem Maße dienen. Die Frau, die ihr politisches Interesse und ihren Aufbauwillen bereits überzeugend unter Beweis gestellt hat, wird in dieser Zeitung weitgehend

Gelegenheit haben, am öffentlichen Leben teilzunehmen und ihre Belange zu vertreten, sei es im Bezirk des Politischen, des Familiären oder dem des Berufslebens.

Wie im Großen, werden wir auch für unsere Heimatstadt Karlsruhe und unser badisches Land ein nie ermüdender Wächter und Helfer beim Wiederaufbau in jedem Sinne sein. Hierzu wird in erster Linie ein umfangreicher kommunalpolitischer und lokaler Teil eingesetzt, wozu in diesem in der heutigen Erstausgabe noch Besonderes gesagt wird. Und auch dem Sport in seiner Bedeutung voll gerecht zu werden, wird sich die Zeitung angelegen sein lassen. Die journalistische Arbeit zur Durchsetzung einer wahren Demokratie wird dort, wie auch in der kulturellen und jeder anderen Sparte unserer Zeitung in jeder Zeile zu verspüren sein. Die Leiter und Mitarbeiter der Badischen Neuesten Nachrichten erfüllen heute am ersten Tage des Erscheinens der Zeitung ein Gefühl erster Freudigkeit und des Dankes, vor eine Aufgabe von hoher Verantwortlichkeit gestellt zu sein. Wir wollen ihr gerecht werden nach besten Kräften, uns für die Interessen aller einsetzend. Superlative und Hypertrophien, wie sie der Nazismus und seine Presse gebräuchlich, um dahinter ihre Kleinheit und Niedrigkeit zu verbergen, werden in dieser Zeitung nicht zu finden sein. Sie wird die klare, eindeutige Sprache der Wahrheit führen. In dem Bewußtsein, nur so das Vertrauen zu erwerben zu können, das für ihre Arbeit unerlässlich ist. Ein Vertrauen, welches uns entgegenzubringen wir unsere Leser mit der Versicherung bitten, daß wir es rechtfertigen werden.

Walter Schwerdtfeger  
Wilhelm Baur

Frankfurter Wirtschaftskonferenz Generalmajor William T. Draper sprach

Frankfurt, 27. Febr. (DANA) In der Schlußsitzung der Frankfurter Wirtschaftskonferenz, die von dem großhessischen Landwirtschaftsminister Georg Haering geleitet wurde, ergriff Generalmajor William T. Draper, der Leiter der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung Berlin, das Wort. Er erklärte, Amerika und England seien bestrebt, die Beschränkungen im Handel zwischen den beiden Zonen abzubauen. Die deutschen Bauern und die landwirtschaftlichen Dienststellen hätten auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung außerordentliches geleistet. Es stehe jedoch eine die ganze Welt umfassende Lebensmittelknappheit bevor, und deshalb werde es schwierig sein, die bisherige Ergänzung der deutschen Lebensmittelversorgung aus Amerika und England weiter aufrecht zu erhalten. Die Regierungen der beiden Länder würden jedoch alles tun, um eine weitere Herabsetzung der Rationen zu vermeiden. Dazu müßten aber alle maßgebenden deutschen Stellen die Landwirte strengstens zur Erfüllung ihrer Ablieferungspflicht ermahnen. Ein weiteres Erfordernis sei die gerechte Verteilung der Lebensmittel. Dazu gehöre die Ausmerzung des Schwarzen Marktes.

Weiter führte der General aus, die Versorgung der deutschen Landwirtschaft sei durch Lieferungen aus der amerikanischen und zentralen Zone sowie aus Dänemark gesichert. Weniger günstig sei die Dünge- und Düngemittellage. Die deutsche Kaliproduktion müsse daher gerecht verteilt werden, besonders knapp sei der Zugang an Phosphaten, wo auch nur mit einer geringen Einfuhr aus dem Ausland zu rechnen sei. Die Kunsidingsmittelherstellung sei ebenfalls nicht ausreichend. Was Industrie und Handel betrafte, erklärte der General, habe sich die Kohlenlage gegenüber den Monaten November und Dezember wider Erwarten gebessert. Die Hauptursache sei die gesteigerte Ruhrkohlenförderung. Kleinere Mengen seien außerdem aus der russischen Zone und dem Saargebiet eingeführt worden. Den Vorrang in der Planung müßten die Gegenstände einnehmen, die für die Bevölkerung lebensnotwendig seien. An zweiter Stelle seien die Erfordernisse für den Export zu berücksichtigen, die zur Bezahlung der Lebensmittelfuhren notwendig sind. Eine bedrohliche Knappheit herrsche in pharmazeutischen Artikeln.

Die amerikanische Heeresverwaltung habe bisher aus eigenen Beständen beträchtliche Zuschüsse für den Bedarf der deutschen Bevölkerung geliefert. Es sei jedoch ungewiß, wie lange diese Lieferungen noch aufrecht erhalten werden könnten. Ein hoher amerikanischer Sanitätsoffizier habe auf einer Rundreise durch die amerikanische, britische und französische Zone festgestellt, berichtete der General, daß der Gesundheitszustand der deutschen Bevölkerung über Erwarten gut sei. Allerdings liege die Sterblichkeit der Kinder und Greise etwas über dem normalen Stand. Der allgemeine Gesundheitszustand sei jedoch durch die Lebensmittelknappheit nicht bedroht, selbst nicht in der französischen Zone, wo die Rationen kürzlich herabgesetzt wurden.

Die Hauptverantwortung für die Gesundheit der Bevölkerung hätten die Wirtschaftsminister zu tragen, die energische Schritte zur Beschaffung der notwendigen Arzneimittel unternehmen müßten. Der General habe mit Chemikern der IG-Farben in Höchst über die Herstellung von Penicillin und Insulin gesprochen, für den Fall, daß die amerikanischen Heeresstellen eines Tages nicht mehr in der Lage sein sollten, ihre bisherigen Lieferungen fortzusetzen. Die Penicillin-Herstellung in Höchst sei gering und nicht von erster Qualität. Da die deutsche Chemie das Fabrikgeheimnis der Massenproduktion von Penicillin nicht erforscht habe, müßten die deutschen Wissenschaftler durch die Regierungen angeregt werden, um diesen Vorrang der amerikanischen Industrie aufzuheben.

Zur Erhöhung der deutschen Insulin-Produktion sei die Zusammenarbeit der Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerien notwendig, um die Sammlung der erforderlichen Tierdünger energisch zu betreiben. Der General erklärte, die amerikanische Regierung betrachte sich als Anwalt der Verwirklichung der in Potsdam beschlossenen deutschen Einheit. In diesem Sinne solle die Waren-Restriktionsliste abgebaut und der Handel zwischen den einzelnen Zonen gefördert werden. Die amerikanische Militärregierung beabsichtige, in Kürze eine Stelle für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der verschiedenen Besatzungszonen einzurichten.

Einführung des neuen evangel. Landesbischöfs

Am vergangenen Sonntag fand die feierliche Einführung des Pfarrers Julius Bender als Landesbischof der Vereinigten Evang.-prot. Landeskirche Badens statt. Die Einführung geschah im Gottesdienst in der Christuskirche unter Anwesenheit einer großen Gemeinde und zahlreicher Ehrengäste. Von der amerikanischen Militärregierung waren erschienen Colonel Lisle, Dr. Arndt, Major Mead und Leutnant Lebowitz. Die französische Militärregierung war vertreten durch Präfeld Holveck, Kapitän Meuret und den Armeebischof Sturm. Von der badischen Regierung waren anwesend Präsident der Landesverwaltung Dr. Köhler, Ministerialdirektor Dr. Ott, Landesdirektor Prof. Dr. Schabel, der Leiter der Abteilung Kultur und Unterricht der Präsidialregierung, und Oberstudiendirektor Dr. Franz. Die Stadt Karlsruhe war vertreten durch den Oberbürgermeister Dr. Veit. Im festlichen Zug zogen Landesbischof D. Kühlewein und Landesbischof Bender, begleitet von den Oberkirchenräten, sämtlichen Dekanen der badischen Landeskirche und zahlreichen Pfarrern, in die Christuskirche ein. Nach der Liturgie hielt Landesbischof D. Kühlewein eine Ansprache und verpflichtete seinen Nachfolger, den Landesbischof Julius Bender auf sein neues Amt. Der neue Landesbischof steht im 53. Lebensjahr und war 18 Jahre lang Leiter des Diakonissenhauses Nonnenweier zu dem etwa 900 Diakonissen gehören. Als einer der führenden Männer der bekennenden Kirche in Baden hat er schon bisher am inneren Aufbau unserer Kirche starken Anteil genommen. In der Predigt, die er nach der Einführung in sein Amt hielt, legte er Zeugnis ab

von dem Glauben an den Herrn der Kirche, der als Hirte seiner Gemeinde auch ihn in sein neues Amt gerufen hat und sprach von der großen Verantwortung, die gerade in unserer Zeit auf ihn gelegt ist und die er nur im Aufblick zu diesem Herrn der Kirche tragen kann. Die Gemeinde war von diesem Zeugnis tief bewegt und spürte den Ernst dieser Stunde, die einen neuen Abschnitt in der Geschichte der Badischen Landeskirche einleitet. Die Feier war umrahmt von einem Chorgesang, der zu Anfang und Schluß der Feier die Bach'sche Kantate „Wachet auf, ruft uns die Stimme“ sang.

Vorbereitende Verfassungskommission für Württemberg-Baden

Stuttgart, 27. Febr. (DANA) Der Ministerpräsident für Württemberg-Baden, Dr. R. Mayer, hat die Mitglieder der vorbereitenden Verfassungskommission ernannt. Die Kommission setzt sich aus je einem Vertreter der vier zugelassenen Parteien für Württemberg und für Baden, sowie einem Vertreter der Städte Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim zusammen. Ferner gehören dem Ausschuss vier Staatsrechtler an. Die Mitglieder des Staatsministeriums haben zu jeder Zeit das Recht, an den Verhandlungen der Verfassungskommission teilzunehmen. Die Vertreter der vier Parteien Nord-Württembergs sind: Dr. Wolfgang Haußmann, Stuttgart, für die demokratische Volkspartei; Schüller-Wilhelm Simpfendorfer, Korntal, für die christlich-demokratische Union; Landessekretär Max Denker, Stuttgart, für die sozialdemokratische Partei Deutschlands; Direktor Albert Buchmann, Stuttgart, für die kommunistische Partei Deutschlands. Die vier Parteien in Nordbaden werden durch Bürgermeister a. D. Karl Dees, Sinheim, für die demokratische Volkspartei; Bürgermeister Fridolin Heurich, Karlsruhe, für die christlich-demokratische Union, Landesdirektor Gustav Zimmermann, Karlsruhe, für die sozialdemokratische Partei Deutschlands; Frau Antonie Langendorf, Mannheim, für die kommunistische Partei Deutschlands, vertreten.

Zu Vertretern der drei Städte wurden Oberbürgermeister Dr. Arnulf Klett, Stuttgart; Oberbürgermeister Hermann Veit, Karlsruhe, und Oberbürgermeister Jos. Braun, Mannheim, ernannt. Geheimrat Prof. Dr. Anselm Heideberg, Ministerialrat a. D. Dr. Oskar Schmid, Ravensburg, Generalstaatsanwalt Dr. Richard Schmid, Stuttgart, und Prof. Dr. Karl Schmid, Tübingen, wurden der Kommission als Fachwissenschaftler beigeordnet.

Polens Kriegsverbrecher

Warschau, 28. Febr. (AP) Die polnische Regierung beschloß heute die Errichtung eines Obersten Nationalen Gerichtshofes, vor den alle Kriegsverbrecher und alle für den Zusammenbruch von 1939 Verantwortlichen gestellt werden sollen. Die polnische Regierung wird dem Alliierten um die Auslieferung aller früheren polnischen Politiker ersuchen, die sich augenblicklich noch in Deutschland aufhalten.

Prag gegen Franco-Regierung

Prag, 28. Febr. (AP) Das tschechoslowakische Kabinett machte gestern in einem Manifest an alle demokratischen Staaten der Welt den Vorschlag, alle maßgebenden Politiker des Franco-Regimes als Kriegsverbrecher vor ein internationales Gericht zu stellen, weil sie während des Krieges mit Hitler und Mussolini zusammengearbeitet hätten.

Appell Gandhis

Bombay, 28. Febr. (DANA) Gandhi verurteilte am Mittwoch in einer öffentlichen Erklärung die Gewaltakte in Bombay und appellierte an die Extremisten, Geduld zu zeigen und davon überzeugt zu sein, daß die in Indien erwartete britische Ministermission die indische Nation nicht betrügen wolle. In einer Sitzung der indischen Kongreßpartei wurde die Bestrafung der Rädelführer der Marineinheit durch die britischen Militärbehörden unter der Voraussetzung gebilligt, daß die Strafen nicht zu hart ausfallen.

Nachrichten aus den Zonen

Die DANA meldet: Amerikanische Zone Stuttgart. Der Ministerpräsident für Württemberg-Baden hat die Mitglieder der vorbereitenden Verfassungskommission ernannt.

Darmstadt. Die Zentralgewerkschaft Darmstadt veranstaltete eine Tagung, an der über 500 Arbeiter teilnahmen.

Heidelberg. Die Heidelberger Ortsgruppe des Roten Kreuzes hat durch das Internationale Rote Kreuz aus einer Spende Islands zehn Zentner Butter erhalten, die an Kinderheime, Altersheime und an deutsche Soldaten in Lazaretten ausgegeben worden sind.

Britische Zone Herford. Die britische Militärregierung in Deutschland gibt bekannt, daß die Lebensmittelrationen für Normalverbraucher von 1500 Kalorien pro Kopf und Tag auf 1010 herabgesetzt werden, weil die vorhandenen Lebensmittelvorräte nicht ausreichen, um die Rationen bis zur nächsten Ernte aufrecht zu erhalten.

Hannover. Brauerzeug, die für die Zivilbevölkerung arbeitslos, müssen wegen des großen Getreidedeckungs in Deutschland auf Anordnung der Militärregierung ihre Tätigkeit einstellen. Einige Brauereien, die Bier für die britischen Besatzungstruppen herstellen, werden jedoch weiterarbeiten. Sie verwenden nur ein perfluoriertes Getreide.

Französische Zone Berlin. 450 Schüler im Alter von 6-12 Jahren aus dem Bezirksamt Wedding sind in

Württemberg eingetroffen und in Reutlingen und Umgebung untergebracht. Die Kinder sollen sich auf Einladung der französischen Kommandantur Berlin in Württemberg erholen. In Kürze werden weitere Kindertransporte aus dem französischen Sektor von Berlin folgen.

Berlin. Der Koordinierungsausschuß des Alliierten Kontrollrates unter dem Vorsitz von General Koeltz beschloß in seiner Montagssitzung Maßnahmen, um die Verbreitung von ansteckenden Krankheiten beim Grenzübertritt der Bevölkerung zwischen den einzelnen Zonen zu verhüten.

Berlin. Die für den 2. und 3. März nach Berlin einberufene Parteikonferenz der KPD findet im Theater am Schiffbauerdamm statt. Auf der Tagesordnung stehen Referate von Wilhelm Pieck über „Probleme der Vereinigung der SPD und KPD“ und von Walter Ulbricht über „Die nächsten Aufgaben der KPD in der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront“.

Berlin. Von der russischen Kommandantur wurde für die Bevölkerung des Bezirkes Berlin-Mitte für die Monate Februar und März 7300 Zentner Briketts freigegeben. Haushalte, die weder Gas noch Strom verbrauchen, erhalten einen Zentner Kohle, Personen über 65 Jahre pro Haushalt einen halben Zentner. Für kleine Kinder von 3 Jahren bis zu 3 Monaten gelangt pro Kind ein halber Zentner zur Verteilung. Dazu kommt für den Monat März für Kranke und Neugeborene ein weiteres Gesamtkontingent von 600 Zentnern.

Auf den Weg

Von Dr. Heinrich Köhler

Die Karlsruher erhalten wieder eine eigene Zeitung mit der Möglichkeit der freien Meinungsäußerung! Welch eine Wandlung gegenüber den Verhältnissen in der Nazi-Zeit und welche eine Verbesserung seit den Tagen des Einmarsches der Sieger in Baden! Wir Karlsruher sind ein politisch recht interessiertes Volk. So streng geizt und fächerförmig auch unsere Heimatstadt sich gab, so aufgeschlossen und vielseitig war sie auf dem Gebiet der Presse. Neben dem „Hof- und Staatsanzeiger“ erschienen, sobald die erste Verfassung es erlaubte, Zeitungen, Almanache und Magazine, von der Fülle der Flugblätter für die deutsche Freiheit ganz zu schweigen, die der landesherrlichen Polizei mancherlei Beschwerden machten und Rätsel aufgaben. In dem Augenblick, in dem die „Badischen Neuesten Nachrichten“ erschienen, neu durch Typus, Art und Name, gedanken wir der Journalisten der Zeitungen, die derneist von Karlsruhe aus das Gesicht des badisch-politischen Lebens geformt und damit Deutschland gedient haben.

Das totalitäre System schaffte die Presse ab. An ihre Stelle traten Werbeorgane, die sich zumest auf die reine Befehlsausgabe beschränkten. Jede geistige Linie war unterbunden. Papier und Volk waren gleich geduldet.

Die Amerikanische Militärregierung erlaubt nun wieder ein Pressewesen. Sie genehmigt Zeitungen, die der Entwicklung der Demokratie dienen sollen, aber gleichzeitig der herrschenden Papiertott Rechnung tragen müssen. Sie will, daß wir uns nicht nur zusammenreden, sondern auch zusammenschreiben. So entsteht ein neuer, uns bisher unbekannter Zeitungstyp. Die Zeitung wird gedruckte Diskussion, sie wird Debatte. Friedlich nebeneinander stehen die Meinungen verschiedener Parteien. Wir sind der Militärregierung und ihrem Organen dankbar für die uns gebotenen Möglichkeiten. Müssen wir Deutsche uns an diese aus den Verhältnissen geborene Methode auch erst gewöhnen, so haben wir für sie Verständnis, insbesondere da wir sehen, daß die Sorge der Amerikaner um den weiteren Ausbau der geschaffenen Grundlagen besteht ist, im Rahmen des Möglichen immer weitere Zeitungen ins Leben zu rufen und dadurch Schritt für Schritt unseren eigenen Empfindungen immer mehr entgegen zu kommen.

Aus dem einzigen Blatt für ganz Nordbaden, der „Rhein-Neckar-Zeitung“ in Heidelberg, sind nun schon deren zwei geworden und die Schaffung eines dritten in Mannheim scheint nicht mehr fern zu sein. Da mit diesem äußeren Wachsen auch die Entwicklung der Pressefreiheit Schritt hält, so kann der ruhige Betrachter mit dem gegangenen Weg recht wohl zufrieden sein und er darf dieser Zufriedenheit auch offen Ausdruck geben.

Aus der politischen Gemeinschaftszeitung der Gegenwart wird sich, wenn die inneren und äußeren Voraussetzungen dafür gegeben sind, von selbst der Typ der für eine einzige Partei bestimmten Zeitung entwickeln, die der Bildung nicht nur, sondern auch der Vertiefung des politischen Willens dient.

Das deutsche Pressewesen strebt nach dieser Vielfalt. Wie in der Musik die Polyphonie ein Merkmal deutscher Geistesart ist, so will auch unsere Presse ein Orchester sein, das sich durch die Vielheit der Instrumente auszeichnet. Diese Vielheit ist gut, wenn dabei die Melodie die gleiche bleibt; es ist die Aufgabe jeder Zeitung, der reinen Wahrheit zu dienen und damit das öffentliche Wohl zu fördern. In diesen Gedanken begrüßen wir den jüngsten Sproß unserer Zeitungsfamilie.

Verdoppelung der Postgebühren

Am 1. März tritt die vom All. Kontrollrat festgesetzte Erhöhung der Postgebühren um 100 Prozent in Kraft. Geldüberweisungen (Postcheckverkehr, Postanweisungen, Versicherungs- und Rentenzahlungen werden von der Erhöhung nicht betroffen. Auch für den Fernmeldedienst tritt vorläufig keine Änderung ein. (DANA)

Postverkehr mit dem Ausland

Die Wiederaufnahme des Postverkehrs zwischen Deutschland und dem Ausland wurde in einer Sitzung des Koordinationsausschusses des alliierten Kontrollrates grundsätzlich genehmigt. Der Auslandspostverkehr soll am 1. April aufgenommen werden. Sollten die Vorarbeiten jedoch schon früher abgeschlossen sein, so wird dieser Termin möglicherweise vorverlegt werden. (DANA)

Freitag

Endlich hat unsere Neuesten Nachrichten den wahren Charakter als freie Zeitung im wahren Sinne des Wortes Demokratie schwarz auf weiß bedeutet — werden in der Durchführung des Säuberungs- und Säuberungsprozesses ihre dringlichste Aufgabe erblicken und unermüdet an ihrer Verwirklichung arbeiten. Gleichzeitig wird die Zeitung ihre volle Kraft aufwenden, eine wahre Demokratie durchzusetzen. Ihr Prinzip wird dabei sein, unparteiisch jede der Parteien, alle aufbauenden politischen und religiösen Kräfte, zu Worte kommen zu lassen, dagegen diktatorische Gelüste in jeder Form, Intoleranz und Rassenhaß, kurz: alles, was bekämpft, was der Demokratie abträglich oder schädlich ist, in dem Wissen, daß die neue Demokratie vor dem verhängnisvollen Fehler ihrer Vorgängerin bewahrt werden muß, am Bruderzwist und an der Übertreibung des Demokratischen bis zum Selbstmörderischen zugrunde zu gehen. Dies zu verhindern werden die BNN von ihrem Rechte der Kritik wann immer erforderlich vollen Gebrauch machen, von einer Kritik in aufbauendem Sinne. Die freie Meinung zu äußern, auf Mißstände kritisch hinzuweisen — dazu wird die Zeitung unter der Rubrik „Das freie Wort“ auch ihren Lesern stets zur Verfügung stehen. Denn eines der Grundpfeiler der Demokratie, die nicht auf die Sphäre des rein Politischen beschränkt sein darf, sondern das Leben in allen menschlichen Beziehungen durchfluten muß, erblicken wir in dem Voltaire-Wort, dessen sinngemäße Wiedergabe besagt: „Ich teile ihre Ansicht nicht, aber ich will mich, notfalls mit meinem Leben, für ihr Recht auf freie Meinungsäußerung einsetzen.“ Wobei sich versteht, daß Tendenzen und Bewegungen menschenfeindlicher Art, wie wir sie in jüngster Vergangenheit erlebt und erlitten, verbannt sind.

Den sozialen Forderungen der Zeit, den wirtschaftlichen Notwendigkeiten und dabei auch den nötigen Reformen des Wirtschaftslebens werden wir in vollem Umfange Rechnung tragen und zu unserem bescheidenen Teil hierzu auch durch den Aufbau unserer Zeitung als den eines demokratischen Unternehmens auf sozialer Grundlage einen positiven Beitrag leisten. Den Geist demokratischer Gesinnung, die Achtung vor der Meinung des Anderen, wollen wir besonders in unserer Jugend wecken und fördern, die Jungen zu freien und aufrechten Menschen erziehen und versuchen, ihnen eine Haltung zur Selbstverständlichkeit werden zu lassen, für die es keinen besseren Begriff als den der Fairneß gibt. Und fair der Jugend gegenüber, werden wir ihr regelmäßig Raum in den BNN geben, ihre Gedanken auszudrücken, ihre Sorgen und Nöte zu äußern. Der Jugend als der Zukunft Deutschlands wird unsere Arbeit und Fürsorge in besonderem Maße dienen. Die Frau, die ihr politisches Interesse und ihren Aufbauwillen bereits überzeugend unter Beweis gestellt hat, wird in dieser Zeitung weitgehend

Gelegenheit haben, am öffentlichen Leben teilzunehmen und ihre Belange zu vertreten, sei es im Bezirk des Politischen, des Familiären oder dem des Berufslebens.

Wie im Großen, werden wir auch für unsere Heimatstadt Karlsruhe und unser badisches Land ein nie ermüdender Wächter und Helfer beim Wiederaufbau in jedem Sinne sein. Hierzu wird in erster Linie ein umfangreicher kommunalpolitischer und lokaler Teil eingesetzt, wozu in diesem in der heutigen Erstausgabe noch Besonderes gesagt wird. Und auch dem Sport in seiner Bedeutung voll gerecht zu werden, wird sich die Zeitung angelegen sein lassen. Die journalistische Arbeit zur Durchsetzung einer wahren Demokratie wird dort, wie auch in der kulturellen und jeder anderen Sparte unserer Zeitung in jeder Zeile zu verspüren sein. Die Leiter und Mitarbeiter der Badischen Neuesten Nachrichten erfüllen heute am ersten Tage des Erscheinens der Zeitung ein Gefühl erster Freudigkeit und des Dankes, vor eine Aufgabe von hoher Verantwortlichkeit gestellt zu sein. Wir wollen ihr gerecht werden nach besten Kräften, uns für die Interessen aller einsetzend. Superlative und Hypertrophien, wie sie der Nazismus und seine Presse gebräuchlich, um dahinter ihre Kleinheit und Niedrigkeit zu verbergen, werden in dieser Zeitung nicht zu finden sein. Sie wird die klare, eindeutige Sprache der Wahrheit führen. In dem Bewußtsein, nur so das Vertrauen zu erwerben zu können, das für ihre Arbeit unerlässlich ist. Ein Vertrauen, welches uns entgegenzubringen wir unsere Leser mit der Versicherung bitten, daß wir es rechtfertigen werden.

Walter Schwerdtfeger  
Wilhelm Baur

Frankfurter Wirtschaftskonferenz

Frankfurt, 27. Febr. (DANA) In der Schlußsitzung der Frankfurter Wirtschaftskonferenz, die von dem großhessischen Landwirtschaftsminister Georg Haering geleitet wurde, ergriff Generalmajor William T. Draper, der Leiter der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung Berlin, das Wort. Er erklärte, Amerika und England seien bestrebt, die Beschränkungen im Handel zwischen den beiden Zonen abzubauen. Die deutschen Bauern und die landwirtschaftlichen Dienststellen hätten auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung außerordentliches geleistet. Es stehe jedoch eine die ganze Welt umfassende Lebensmittelknappheit bevor, und deshalb werde es schwierig sein, die bisherige Ergänzung der deutschen Lebensmittelversorgung aus Amerika und England weiter aufrecht zu erhalten. Die Regierungen der beiden Länder würden jedoch alles tun, um eine weitere Herabsetzung der Rationen zu vermeiden. Dazu müßten aber alle maßgebenden deutschen Stellen die Landwirte strengstens zur Erfüllung ihrer Ablieferungspflicht ermahnen. Ein weiteres Erfordernis sei die gerechte Verteilung der Lebensmittel. Dazu gehöre die Ausmerzung des Schwarzen Marktes.

Weiter führte der General aus, die Versorgung der deutschen Landwirtschaft sei durch Lieferungen aus der amerikanischen und zentralen Zone sowie aus Dänemark gesichert. Weniger günstig sei die Dünge- und Düngemittellage. Die deutsche Kaliproduktion müsse daher gerecht verteilt werden, besonders knapp sei der Zugang an Phosphaten, wo auch nur mit einer geringen Einfuhr aus dem Ausland zu rechnen sei. Die Kunsidingsmittelherstellung sei ebenfalls nicht ausreichend. Was Industrie und Handel betrafte, erklärte der General, habe sich die Kohlenlage gegenüber den Monaten November und Dezember wider Erwarten gebessert. Die Hauptursache sei die gesteigerte Ruhrkohlenförderung. Kleinere Mengen seien außerdem aus der russischen Zone und dem Saargebiet eingeführt worden. Den Vorrang in der Planung müßten die Gegenstände einnehmen, die für die Bevölkerung lebensnotwendig seien. An zweiter Stelle seien die Erfordernisse für den Export zu berücksichtigen, die zur Bezahlung der Lebensmittelfuhren notwendig sind. Eine bedrohliche Knappheit herrsche in pharmazeutischen Artikeln.

Die amerikanische Heeresverwaltung habe bisher aus eigenen Beständen beträchtliche Zuschüsse für den Bedarf der deutschen Bevölkerung geliefert. Es sei jedoch ungewiß, wie lange diese Lieferungen noch aufrecht erhalten werden könnten. Ein hoher amerikanischer Sanitätsoffizier habe auf einer Rundreise durch die amerikanische, britische und französische Zone festgestellt, berichtete der General, daß der Gesundheitszustand der deutschen Bevölkerung über Erwarten gut sei. Allerdings liege die Sterblichkeit der Kinder und Greise etwas über dem normalen Stand. Der allgemeine Gesundheitszustand sei jedoch durch die Lebensmittelknappheit nicht bedroht, selbst nicht in der französischen Zone, wo die Rationen kürzlich herabgesetzt wurden.

Die Hauptverantwortung für die Gesundheit der Bevölkerung hätten die Wirtschaftsminister zu tragen, die energische Schritte zur Beschaffung der notwendigen Arzneimittel unternehmen müßten. Der General habe mit Chemikern der IG-Farben in Höchst über die Herstellung von Penicillin und Insulin gesprochen, für den Fall, daß die amerikanischen Heeresstellen eines Tages nicht mehr in der Lage sein sollten, ihre bisherigen Lieferungen fortzusetzen. Die Penicillin-Herstellung in Höchst sei gering und nicht von erster Qualität. Da die deutsche Chemie das Fabrikgeheimnis der Massenproduktion von Penicillin nicht erforscht habe, müßten die deutschen Wissenschaftler durch die Regierungen angeregt werden, um diesen Vorrang der amerikanischen Industrie aufzuheben.

Zur Erhöhung der deutschen Insulin-Produktion sei die Zusammenarbeit der Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerien notwendig, um die Sammlung der erforderlichen Tierdünger energisch zu betreiben. Der General erklärte, die amerikanische Regierung betrachte sich als Anwalt der Verwirklichung der in Potsdam beschlossenen deutschen Einheit. In diesem Sinne solle die Waren-Restriktionsliste abgebaut und der Handel zwischen den einzelnen Zonen gefördert werden. Die amerikanische Militärregierung beabsichtige, in Kürze eine Stelle für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der verschiedenen Besatzungszonen einzurichten.

Die DANA meldet: Amerikanische Zone Stuttgart. Der Ministerpräsident für Württemberg-Baden hat die Mitglieder der vorbereitenden Verfassungskommission ernannt.

Darmstadt. Die Zentralgewerkschaft Darmstadt veranstaltete eine Tagung, an der über 500 Arbeiter teilnahmen.

Heidelberg. Die Heidelberger Ortsgruppe des Roten Kreuzes hat durch das Internationale Rote Kreuz aus einer Spende Islands zehn Zentner Butter erhalten, die an Kinderheime, Altersheime und an deutsche Soldaten in Lazaretten ausgegeben worden sind.

Britische Zone Herford. Die britische Militärregierung in Deutschland gibt bekannt, daß die Lebensmittelrationen für Normalverbraucher von 1500 Kalorien pro Kopf und Tag auf 1010 herabgesetzt werden, weil die vorhandenen Lebensmittelvorräte nicht ausreichen, um die Rationen bis zur nächsten Ernte aufrecht zu erhalten.

Hannover. Brauerzeug, die für die Zivilbevölkerung arbeitslos, müssen wegen des großen Getreidedeckungs in Deutschland auf Anordnung der Militärregierung ihre Tätigkeit einstellen. Einige Brauereien, die Bier für die britischen Besatzungstruppen herstellen, werden jedoch weiterarbeiten. Sie verwenden nur ein perfluoriertes Getreide.

Französische Zone Berlin. 450 Schüler im Alter von 6-12 Jahren aus dem Bezirksamt Wedding sind in

# Karlsruher SPIEGEL

## Der Auftakt

Endlich ist sie da, auf die man so lange hat warten müssen, unsere eigene Heimatzeitung, die „Badischen Neuesten Nachrichten“. So was glaubt man nicht, bis man die druckfrischen Exemplare fest in seinen Händen hat. Aber jetzt kann man ganz sicher sein, den der Straßenverkauf ist in vollem Gang; an den Hauptverkehrspunkten bilden sich die üblichen Gruppen, wie wenn es was zu sehen oder ausnahmsweise was zu kaufen gibt, der eine schaut dem andern über die Schulter und sie nehmen alle hübsch der Reihe nach das Neugeborene liebevoll zur Hand und diskutieren das für Karlsruhe und seine Umgebung bedeutsame politische und wirtschaftliche Ereignis im Ton einer glücklich gelösten Spannung nach der Melodie: „Spät kommst du, doch du kommst.“ Und das Letztere läßt sich noch nicht einmal bestreiten. Das längst Erhoffte und viel Besprochene ist also nun Wirklichkeit geworden. Die Karlsruher und im weiteren Sinne auch unsere Landsleute in Pforzheim und Breisach haben nun ihre Zeitung und sie brauchen sich nicht mehr von ihren glücklicheren Nachbarn darum ansehen zu lassen.

Während auf anderen Seiten unserer Zeitung die großen Ereignisse der Welt, ihre Ideen und andere Interessen zum Wort und zur Geltung kommen werden, werden sich hier auf dieser Seite im lokalen Teil die Karlsruher Begebenheiten spiegeln. Das Leben unseres Volkes baut sich nach einem Niedergang ohnegleichen und dem Zerfall der staatlichen Ordnung aus seinen Fundamenten, nämlich der Gemeinde, wieder auf. Ihr ist der Bürger am engsten und am tiefsten verbunden. Wir werden deshalb dem Leben in unserer Stadt besondere Aufmerksamkeit zuwenden und insbesondere auch den kommunalpolitischen Problemen, die ja nicht zum wenigsten die Lebenssphäre aller aufs stärkste berühren. Daß darüber hinaus der Blick auch auf die weitere badische Heimat gerichtet wird, ergibt sich ohne weiteres aus der Stellung unserer Stadt und ihrer Tradition. Wir blicken dabei nicht nur nach Norden und Osten, sondern vornehmlich auch nach dem Süden zu unseren durch die Zoneneinteilung abgegrenzten alemannischen Landsleuten und fühlen uns mit ihnen verbunden und hoffen, daß wir auch einmal wieder enger vereinigt sein werden als jetzt. Unsere Absicht dabei ist, ein möglichst getreues Spiegelbild von all den Dingen zu geben, die unsere Leser und die breitere Öffentlichkeit berühren. Wir sind deshalb dankbar für Anregungen und Wünsche und auch sachliche Kritik auf allen Gebieten unseres gesellschaftlichen Seins. Das gehört nun einmal zu den Elementaraufgaben der neuen Demokratie.

Es war doch ein weiter Weg, von jenem Zeitpunkt an, als die beiden letzten aufrechten Bannerträger des demokratischen Gedankens in Karlsruhe, „Volksfreund“ und „Beobachter“ der nationalsozialistischen Monopolzeitung das Feld räumen mußten, bis zum heutigen Tage, da wieder ein freies Wort in aller Offenheit gesprochen werden kann. Und es hat sich in uns und um uns so viel Entscheidendes verändert, daß wir alle miteinander ganz unmöglich da be-

## Wir grüßen unsere neue Zeitung

Von Oberbürgermeister Veit, Karlsruhe

Mit aufrichtiger und herzlicher Freude begrüßt die Bevölkerung und die Verwaltung der Stadt Karlsruhe die „Badischen Neuesten Nachrichten“. Nun ist sie da — unsere Zeitung, und ich bin der Militärregierung, insbesondere Mister Adler von der Presseabteilung, dankbar, daß es mir ermöglicht wurde, mein in meiner Rundfunkrede zu Beginn des neuen Jahres der Bevölkerung gegebenes Versprechen einzulösen.

Die Presse hat seit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches in der werdenden Demokratie eine schwere Aufgabe zu erfüllen. In den zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft ist die öffentliche Meinung in einer Weise uniformiert worden, daß am Ende die einzelnen Zeitungen nur noch die Lautsprecher des Propagandaministeriums waren. Dem entsprach eine in weiten Kreisen kritiklose Leserschaft, die das Geschriebene, nirgends kritisierte Wort als unbestreitbares Evangelium hinnahm. Nun ist die Presse wieder frei geworden, im Rahmen der Gesetze der Militärregierung. Niemand gibt dem Schriftleiter die vorgedruckte öffentliche Meinung. In sich und seinem Gewissen hat er den Standpunkt zu finden, von dem aus er die Welt und sei es nur die kleine Welt sei-

nen Wirkungsgebietes, bewegt. Möge es ihm gelingen, daß er sie wirklich bewegt, und daß er das Volk zu eigenem Denken und verantwortungsbewußter Teilnahme an den öffentlichen Dingen aufrüttelt.

Nur auf diesem Boden kann echte Demokratie sich entwickeln. Die Bevölkerung aber muß in ihrer Zeitung nicht eine Nachrichtenquelle sehen, die die Neugier und Sensationslust befriedigt, sondern vielmehr eine immer wiederkehrende Mahnung, Anteil zu nehmen an den Problemen und Sorgen unserer so problematischen und sorgenschweren Zeit. So sollen sich Zeitung und Volk aneinander emporarbeiten zu dem Niveau, das unserer hohen kulturellen Tradition in der Südwestecke des Reiches entspricht. Dann wird die Stimme, die heute zum ersten Male von Karlsruhe aus ertönt, einen guten Klang erhalten, dem man auch außerhalb der Grenzen unseres Bezirks gerne lauschen wird. So kann die Zeitung dazu beitragen, die Bedeutung unserer Stadt zu heben und mit dem Namen Karlsruhe erneut den Begriff hoher Kultur zu verbinden.

Mit diesen Wünschen begleitet die Stadt Karlsruhe den Start ihrer neuen Zeitung.

## Städt. Instandsetzungsarbeiten

### Herrichtung leicht beschädigter Gebäude

Bei den Fliegerangriffen erlitten viele städtische Gebäude schweren Schaden, eine ganze Reihe, darunter das schöne Rathaus, sind durch die Schuld der Nazis in Trümmerhaufen verwandelt worden. Bei der Knappheit an Baumaterial und Fachkräften kann die Stadtverwaltung ihre zerstörten Gebäude auch nur Zug um Zug herrichten lassen. Dabei handelt es sich sowohl um Wohnungen wie um Büroräumlichkeiten. An den Wiederaufbau total zerstörter Objekte ist z. Zt. noch nicht zu denken, denn auch die Stadt muß ihre Tätigkeit in baulicher Beziehung auf die Instandsetzung weniger schwerbeschädigter Gebäude und Räume beschränken. Zunächst sind folgende Arbeiten beschlossen:

Herrichtung verschiedener von der Stadtverwaltung benutzter Räume im Gebäude der Städtischen Sparkasse; im Hause Ettlinger Straße Nr. 1, in dem sich ein Teil des Wohlfahrtsamtes befindet;

im Gebäude Baumeisterstraße Nr. 8, das das Wirtschaftskontrollamt und den Prüfungsausschuß zu Gesetz Nr. 8 beherbergt;

im Schlachthof, dessen Bauten bekaunlich schweren Schaden erlitten haben und die allerdingsten Instandsetzungsarbeiten durchgeführt werden sollen;

beim Melde- und Paßamt, Mathystraße 9, bei dem es sich um Erweiterung der Zahl der Räumlichkeiten handelt.

### Aufbau und Bausparkassen

Am letzten Sonntag veranstaltete die Badenia-Bausparkasse G. m. b. H. in Karlsruhe im Munzischen Saal einen gut besuchten Ausstellungs- und Vortragsabend, bei dem der ehemalige Außendienstleiter Baur die grundsätzliche Bedeutung der Hunderttausende von Mitgliedern umfassenden deutschen Bausparbewegungen für den Wiederaufbau unserer Städte umriß. Im

Rahmen der Wiederaufbauplanung wird auch die von den Bausparkassen getragene Eigenheimkultur, wenn auch nicht an erster Stelle, ihren guten Platz schon deshalb erhalten müssen, weil die Finanzierung durch die eigene Kraft des Bausparers erfolgen wird. Der Abend schloß mit einem eindringlichen Hinweis von Direktor Raab auf die Leistungen der Badenia-Bausparkasse in Karlsruhe.

### Ein Opfer des Nazismus

Erst vor einigen Wochen wurde durch mühevoll Nachforschungen festgestellt, daß Professor Alfred Kanzler, in Karlsruhe-Beiertheim, am 24. Mai 1945, fern seiner Heimat, gestorben ist. Er starb als ein Opfer der nationalsozialistischen Brutalität. Prof. Alfred Kanzler wurde am 22. Juli 1944 wegen Wehrkraftzersetzung zu sieben Jahren Zuchthaus und sieben Jahren Ehrverlust verurteilt und wurde zur Strafverbüßung im Oktober 1944 in das Zuchthaus Brandenburg und am 15. Februar 1945 nach dem Zuchthaus Hameln überführt, wo er am 7. April 1945 von den Amerikanern befreit wurde. Wenige Wochen darauf verschied er an den Folgen einer sich während seiner politischen Haft zu zugehörigen Krankheit. Professor Kanzler, der ein aufrechter Gegner des Nazismus war, wurde von seinen Schülern als guter Lehrer und Arbeitskamerad verehrt.

Männerchor Concordia e. V., Karlsruhe. Der seit über 70 Jahren bestehende, weit über die Grenzen Kartusches bekannte Männerchor „Concordia“ hat unter neuer Leitung den Singstundenbetrieb wieder aufgenommen.

Volksschulen. Die Schulentlassung der Volksschüler wird in diesem Jahr bei Beginn der Sommerferien Mitte Juli stattfinden.

### Der Polizeibericht meldet:

Auf der regenassen Kaiserstraße kam ein Personenkraftwagen ins Schleudern, rannte gegen eine Fiskatsäule, die umfiel und zertrümmert wurde. Der Fahrer des Kraftwagens erhielt Verletzungen, der Wagen wurde stark beschädigt.

Auf der Straßenkreuzung der Rhein- und Hardtstraße stießen ein Lastwagen und ein französischer Personenkraftwagen zusammen, weil der Fahrer dieses Wagens die Stoppschleife nicht beachtete, sondern mit unveränderter Geschwindigkeit über die Kreuzung gefahren ist. Der Lastwagen wurde beschädigt, Personenverletzungen entstanden nicht.

Durch die Festnahme von zwei jungen Männern, die in letzter Zeit Diebstähle in der Umgebung und in Durlach durchgeführt hatten, gelang der Kriminalpolizei die Feststellung von mehr als hundert strafbaren Handlungen (Diebstahl, erschwerter Diebstahl, Hehlerei und Schwarzhandel), in die 20 Personen verwickelt sind.

Fünf Polen wurden festgenommen, weil sie größere Mengen von Schnaps und Tabak bei sich führten, ohne den rechtmäßigen Besitz nachweisen zu können.

Bei einem nächtlichen Einbruch in die Büroräume einer Baugesellschaft wurde ein Schreibtisch erbrochen und eine Schreibmaschine gestohlen. Als Dieb wurde der Anzeiger festgestellt.

In einem Umgebungsmitelgeschäft in Durlach wurde ein Einbruch verübt und größere Mengen Lebensmittel gestohlen.

In einer Hotelgarage entstand ein Brand, als zwei Angestellte Benzol in der Nähe eines brennenden Ofens umfüllten. Beide erlitten Brandwunden im Gesicht und an den Armen.

### Zwei neue Polizeiviertel

Im Promenadenhaus in der Kaiserallee, sowie im Gebäude Koellreutherstraße 7, werden Polizeiviertel errichtet.

# Badische Umschau

## Ein „Willkommen“ des Landkreises

Von Landrat Dr. A. Neff  
Der Landkreis mit 59 Städten und Gemeinden heißt die „Badische Neueste Nachrichten“ aufrichtig willkommen.

Die Schicksalsverbundenheit von Stadt und Land, strenger und enger denn je, erfordert eine Zweisprache und Verständigung, deren Organ nur eine Zeitung sein kann. Sie verkörpert das geistige Band, das wir benötigen, um Anregungen zu geben und zu empfangen für einen Landkreis, der durch Landwirtschaft und vielseitige Industrie die Sicherung unserer Zukunft zu garantieren vermag. Aber auch die Impulse des kulturellen Lebens sollen auf dem Weg dieser Wechselwirkung von Stadt und Land nachhaltig zum Ausdruck kommen. Schließlich möchten wir uns Gehör und Geltung verschaffen weit über die Grenzen unseres Kreises hinaus, wie es dem Geist unseres Schaffens und unserer Leistung gebührt. Wir sind überzeugt, daß sich unsere neue Zeitung mit Erfolg in den Dienst dieser vielseitigen Aufgaben stellen wird.

## Rückblick und Ausblick

Baden, „das Musterländle“, hat am 27. Januar zum ersten Male nach 12 Jahren wieder frei gewählt. Bei hoher Wahlbeteiligung hat die Christlich-Demokratische Union die absolute Mehrheit gegenüber den anderen Parteien errungen. Diese Gemeinde wahlen stellen die erste Bewährungsprobe für die politische Mündigkeit eines Landes dar, das bereits nach dem ersten Weltkrieg als erster deutscher Einzelstaat gewählt und sich eine neue Verfassung gegeben hatte.

In diesem Kulturraum sind zu allen Zeiten die wesentlichen Entscheidungen der deutschen Vergangenheit gefallen. Es ist auch kein Zufall, daß in der Zeit der Weimarer Republik die badische Heimat dem Reich den ersten Reichspräsidenten Ebert und mehrere Reichskanzler und Reichsminister gestellt hat. Und auch künftig wird der Rhein mit seinen Einzugsgebieten ein Schwerpunkt der deutschen Geschichte bleiben.

Es war eine Feierstunde, als dank der tatkräftigen Hilfe der amerikanischen Militärregierung Landespräsident Dr. Köhler vor kurzem die Neckarschiffahrt von Heidelberg aus wieder eröffnete, und damit der Fluß dem Lande und seinen Menschen wieder zurückgegeben werden konnte. Seitdem ist die alte Universitätsstadt Heidelberg, das unversehrte und daher heute um so kostbarere Juwel im Kranz der deutschen Städte, sich ihrer Verantwortung gegenüber den wundgeschlagenen ande-Städten — wie der Oberbürgermeister neulich sagte — „bis zur Grenze des schlechten Gewissens“ bewußt geworden.

Die historisch gewordene Geschlossenheit Badens ist seit der Trennung in zwei verschiedene Besatzungszonen zerstört. Im Sommer 1945 ergab sich daher der Zusammenschluß der von den Amerikanern besetzten badischen und würt-

tembergischen Gebiete zu einem neuen Staatsgebilde Württemberg-Baden, in dessen Regierung beide Länder paritätisch vertreten sein werden. Das badische und das württembergische Volk haben ihre anfängliche verständliche Zurückhaltung und Überraschung gegenüber dieser aus der Not geborenen Synthese überwunden. In gegenseitiger Rücksichtnahme und im Bewußtsein ihrer wesentlichen Tradition haben sie sich als Nachbarn und Freunde zu der neuen Lösung bekannt. Die badischen zusammen mit den württembergischen Abgeordneten treten nun in gemeinsamen Vorparlament, der ersten deutschen Volksvertretung in Stuttgart zusammen; die Oberbürgermeister der badischen und württembergischen Städte haben sich in einem Städteverband zusammengeschlossen und ihre nachbarlichen Beziehungen noch enger gestaltet.

Pforzheim besitzt weit über Deutschland hinaus Klang, dessen einst so malerisches Stadtbild aber heute nur noch lebhaft an die ebenso trostlose Innenstadt Kölns erinnert, scheint ausgelöscht zu sein, und doch ist aus den Ruinen der Stadt — am meisten zur Überraschung des Auslands — neues Leben erblüht. Die weltberühmte Schmuck- und Goldwarenindustrie arbeitet wieder und vermittelt uns durch den Export ihrer kostbaren Waren wertvolle Devisen für den Wiederaufbau. Auch die Residenzstadt Karlsruhe, nach dem Verlust des Schlosses und der hellen Profanbauten kaum mehr wiederzuerkennen, hat längst die Apathie der ersten Monate nach dem Zusammenbruch überwunden, wenn auch die Trauer der aufrechten und unverfälschten Bürger um ihren Märtyrer, den nach dem 20. Juli 1944 hingerichteten Rechtsanwalt Reinhold Frank, nicht verklungen ist. Der unterste Kulturwillen der Badener hat sich in dem Kulturzentrum Karlsruhe wieder ein Staatstheater und eine Staatskapelle geschaffen, deren Leitung der aus dem Rheinland stammende Generalmusikdirektor Matzerath übernommen hat. Auch die Technische Hochschule in Karlsruhe hat ihre Pforten wieder geöffnet.

Baden hat in den vergangenen Monaten die politische Bewährungsprobe bestanden. Das Tal des Elends ist zwar noch nicht ganz durchschritten; 200 000 Flüchtlinge aus dem Osten harren der Aufnahme in Nordbaden. Aber auch diese moralische Prüfung wird das Land bestehen und künftig einen wertvollen Beitrag zur deutschen Demokratie leisten.

### Pforzheimer niedergeschossen

Polnischer Mörder innerhalb 24 Stunden zur Aburteilung der Militärregierung übergeben

Im benachbarten Würm wurde der 24jährige Herbert Nagel, der mit einem Freund zusammen zwei Polen aus der Ukraine an beabsichtigten Uhrendiebstählen verhindern wollte, nach einem Wortwechsel mit den Fremden niedergeschossen. Der Schuß traf Nagel tödlich. Deutsche Polizei nahm den Mörder fest und übergab ihn innerhalb 24 Stunden zur Aburteilung der Militärregierung.

## Arbeitseinsatz für den Wiederaufbau

### Von Karl Konz, Leiter des Hauptarbeitsamts Karlsruhe

Was durch die Wahnsinnspolitik des Dritten Reiches in Trümmer verwandelt wurde, muß nun wieder aufgebaut werden. Seit April 1945 ist schon vieles geleistet worden.

Wenn man alle die vielen braven Arbeiter sieht, die bei Wind und Wetter treu ihre Arbeit verrichten, kann man Dank und Anerkennung nicht verlagern. Das Bahngelände und das Reichsbahn-Ausbesserungswerk bieten hierfür den besten Anschauungsunterricht. Dort stehen die Arbeiter zu Tausenden ohne Schutz gegen Kälte und Wind und bringen die Bahnanlagen in Ordnung, damit Lebensmittel und wichtige Güter auf dem Schienenweg befördert werden können.

Dagegen laufen Tausende der aus politischen Gründen entlassenen Angestellten und Beamte spazieren und erlauben sich zum Teil noch abfällige Bemerkungen über die Schaffenden. Es ist an der Zeit, daß endlich dem Wunsche Rechnung getragen wird, Arbeitslose, die politisch einwandfrei sind, gegen noch arbeitende Nazis auszutauschen. Es ist bekannt, daß gerade diese sich immer wieder darauf berufen, sie seien keine Aktivisten gewesen. Sie warten darauf, wieder in eine Stellung eingesetzt zu werden, in eine auch nur den Versuch zu machen, etwas von der Schuld abzuhäuten, die sie auf sich geladen haben.

Angestellten, die in absehbarer Zeit nicht in ihrem Beruf eingesetzt werden können, müssen sich zur Umschulung melden. Bevor der Schutz nicht beseitigt ist, kann nichts Neues entstehen.

Warum gehen so viele Jugendliche der Arbeit aus dem Wege? Auch viele Heimkehrer haben den Ernst der Zeit noch nicht erfasst. Wie oft wird gesagt: „Wir haben 6 Jahre den Kopf hingehalten, jetzt sollen wir noch schippen, das fällt uns gar nicht ein.“ Im Gefangenlager haben sie sicher anders gesprochen.

Wir lassen uns auf dem Weg zur Demokratie nicht sabotieren. Für Leute, die jeder Arbeit aus dem Wege gehen, hat auch die Demokratie gesetzliche Mittel, ihnen den Begriff Einsatz zur Arbeit klar zu machen. Wir haben uns schon monatelang bemüht, den Einzelnen zu überzeugen, daß er arbeiten muß. Wir konnten die an uns gestellten Anforderungen nicht erfüllen. Die Notdienstverpflichtung gibt uns Gelegenheit, auf diesem Wege Fortschritte zu erzielen.

In Karlsruhe besteht eine Aufräumungs-Arbeitsgemeinschaft von 35 Firmen. Mit Loren auf Schienen soll der Schutt aus der Stadt hinaus. Bald können in den Abendstunden noch viele freiwillige Hände mithelfen. In den Kriegsjahren mußte das auch getan werden, dabei konnte in derselben Nacht neuer Schaden entstehen. Jetzt wollen wir im freudigen Einsatz zur Arbeit den Weg vorbereiten zum Neuaufbau. Später gibt es für jeden wieder angenehmere Beschäftigung.

Besondere Sorge machen die Frauen und Mädchen. Wie oft hören wir: „Warum soll ich arbeiten, ich habe noch Geld. In eine deutsche Gastwirtschaft oder in einen Haushalt gehe ich nicht.“ Dabei werden Hausgehilfinnen in großer Zahl in gute Familien gesucht. Manche alleinstehende Soldatenfrau, die noch auf ihren Mann wartet, könnte zu Hause Holz und Licht sparen, oder Mädchen, die in sehr dürftigen Wohnverhältnissen eng zusammenleben, würden bei Familienanschluß angenehmer leben.

Vorläufig steht noch keine Kaiserstraße mit Ladengeschäften in den Hunderten von Verkäuferinnen gebraucht werden. Auch die Industrie arbeitet nicht in dem Maße, daß alle die vielen Stenotypistinnen unterkommen könnten. Wir müssen auch für unsere Kriegsbeschädigten solche Arbeitsplätze schaffen, so daß der Haushalt die Mädchen aufnehmen muß.

Die Männer, die heute in Staat und Stadt verantwortlich sind, kennen den Einsatz zur Arbeit. Sie tun alles, um der Bevölkerung das Los des verlorenen Krieges zu erleichtern. Viele Tausende erkennen dies an und setzen sich mit ihrer ganzen Kraft ein, damit das Werk gelinde. Wir verlangen, daß jeder Arbeitsfähige sich bewußt ist, daß wir nur in gemeinsamer Arbeit aus dem Elend herauskommen. Nützen wir dies im freiwilligen Einsatz zur Arbeit.







# Die Frau hat das Wort

## Die Macht der Frau

Die Frauenbeilage der BNN begrüßt bei ihrem ersten Erscheinen ihre Leserinnen.

Zermüht und müde von den Schrecken und Leiden der Vergangenheit, aber doch mit der Hoffnung, das getretete Leben für sich und die Ihren wieder neu zu gestalten, so stehen die Frauen in der Gegenwart. Große Leistungen werden von den Frauen im Dienst für die Familie verlangt, und schwierig ist die Lage der Berufstätigen, die neben der Arbeit die Last des Haushalts haben. Und dennoch Jeder neue Tag rufft auch die Frau zu frischer Tat. Jeder neue Tag fordert von ihr neue Spannkraft für ihr Werk an Menschen und im Beruf. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben ihr die Augen geöffnet. Jetzt weiß sie, wohin die Herrschaft des Despoten führt. Jetzt hat sie erfahren, in welchem Grad die menschliche Natur entarten kann, wenn sie sich nicht nach den Gesetzen der Menschlichkeit richtet. Die Frau, welche die Trägerin des Lebens ist, die Frau, welcher das Gedeihen der Kinder obliegt, rufft heute laut in die Welt: Nie wieder Gewaltherrschaft, nie wieder Krieg!

Eine große Macht ist den Frauen in die Hand gegeben. Schon von jeher den Männern an Zahl überlegen, hat der Krieg das Verhältnis noch mehr verschoben, so daß die Stimmen der Frauen bei den Wahlen jetzt noch mehr als bisher den Ausschlag geben. Der Aufbau der Zu-

kunft fordert von der Frau, sich mit diesen Fragen eingehend zu beschäftigen, damit sie als Bürgerin eines demokratischen Staates den Weg gehe, welchen sie vor ihrem Gewissen verantworten kann. Die Frauen, die vor fünfzig Jahren bahnbrechend waren für Erziehung, Schulung, Berufsausbildung und rechtliche Stellung der Frau, waren in der Mehrzahl Anhängerinnen der Demokratie. Sie bemühten sich nicht für sich selbst, sondern für ihre Geschlechts-genosseninnen, deren Nöte sie kannten. Ihrem gemeinnützigen Wirken nachzu-eifern, ist unsere Aufgabe; uns dafür geeignet zu machen der Weg, die Familie und der Kreis, in den wir gestellt sind, der Platz, der zuerst unsere Hilfe braucht. Dabei können wir Vermittlerinnen von Wissen und Dichtung, Kunst und Religion sein. Die zahlenmäßige Überlegenheit bekommt erst dann Gehalt und Sinn, wenn hinter den Zahlen Frauen stehen, die Hüterinnen guter Sitten und des auch heute noch vorhandenen Schönen sind. Aus diesen Quellen strömt die Macht, die Gutes schafft.

Die „Badische Neueste Nachrichten“ tun dazu beitragen, den Frauen den Weg in die Zukunft zu ebnen. Sie werden dies tun durch regelmäßige unterrichtende und anregende Mitteilungen aus dem umfassenden Gebiet der Fraueninteressen. Anfragen und Anregungen aus dem Leserkreis sind willkommen.

Elisabeth Großwendt

## Wo bleibt das menschliche Gefühl?

Diese Geschichte hat sich vor ein paar Tagen im Personenzug Karlsruhe bis Graben zugetragen. Die Plätze waren, als ich einstieg, besetzt. Nun, es war nicht so wie in dem bekannten deutschen Witz, wo „sogar Männer stehen mußten“, die Männer saßen alle schon!

An der nächsten Station stieg ein junger Mann zu, dem der Krieg beide Beine geraubt hatte und der sich nun mit zwei Krücken behelfen mußte. Die ihn begleitende Frau ging durchs Abteil und rief: „Würde jemand einem Kriegsbeschädigten seinen Platz freimachen?“ Nichts rührte sich. Die Frau ging ins nächste Abteil und wiederholte ihre Bitte, und wieder war niemand, der dem vom Krieg gezeichneten Soldaten seinen Platz überlassen hätte. Der Kriegsbeschädigte mußte bis zur nächsten Haltestelle stehen.

„Ich war entsetzt!“ Christliche Nächstenliebe ist ja eine seltene Blume, man findet sie nur auf steinigem Pfad; aber ist auch der Anstand, die „gute Kinderstube“ im Aussterben begriffen? Gehörst du zu denen, die sich mit mir entrüsten und wendest du den Kopf zur Seite und sagst: „Was geht das mich an?“ O nein, es geht uns sehr viel an, denn wir wären im umgekehrten Falle auch glücklich über jede kleine Aufmerksamkeit! Und wer sagt dir, daß du nicht einmal in die Lage kommst, auf deinen Mitmenschen angewiesen zu sein?

# Die Stimme der Parteien

## Begrüßungsworte für die BNN

Christentum, Demokratie, Wiederaufbau, sind die drei großen Gedanken, die das Programm und die politische Arbeit der Christlich-Demokratischen Union beherrschen. Wir dürfen erwarten, daß die „Badische Neueste Nachrichten“ unserem Gedankengut Raum geben werden und begrüßen deshalb die erste Tageszeitung, die am Sitz der Landesverwaltung Baden erscheint, aufserherzlich. Wir sind gewillt, in gleicher Weise wie die anderen Parteien an der Gestaltung der Zeitung mitzuwirken und das Unsere dazu beizutragen, daß in ihren Spalten die Bunttheit des politischen Lebens sich widerspiegelt.

Für die Union ist die christliche Welt- und Lebensanschauung die Grundlage, von der aus sie an die Bewältigung der politischen Aufgaben herantritt. Wir tragen hiermit kein wesensfremdes Element in das politische Leben, sondern setzen an die in die sich überstürzende Vielfalt der politischen Geschehnisse Meinungen und Forderungen, Ordnung und Sinn zu bringen vermögen. Die Verwurzelung der Union in den überzeitlichen Vorstellungen und Werten des Christentums verwehrt uns in keiner Weise den Erfordernissen des Alltags frei und aufgeschlossen gegenüber zu treten. Im Gegenteil: gerade aus der rechten Bindung erwächst die rechte Freiheit im Denken, Wollen und Handeln. Man wird deshalb die Männer und Frauen der Union immer einsatzbereit finden, wenn es gilt, zusammen mit allen anderen verantwortungsbewußten Kräften an die drängenden Fragen der Zeit entschlossen heranzutreten.

Die Christlich-Demokratische Partei  
Kreisleitung Karlsruhe.

Es wirkt wie Symbolik, daß der neuen Karlsruher Zeitung die Pläne zum Aufbau der Stadt, die Oberbürgermeister Veit überraschend einem engeren Kreise von Vertretern des politischen Lebens der Stadt zeigen und erklären ließ, zu Paten geworden sind.

Ein Jahrzehnt ist es her, seit Karlsruher Antifaschisten im Verborgenen eine „neue“ Zeitung, die sie „Trotz alledem“ nannten, herstellten und dafür, nachdem zwei Jahrgänge erschienen konnten, zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt worden waren. Ihr tapferes Schwelgen vor Gestapo und Gericht hat andere, aus verschiedenen Schichten der Bevölkerung kommende Mitarbeiter vor schweren Strafen bewahrt.

Wenn am heutigen Tage die aus Zuchthaus und Verbannung zurückgekehrten ehemals illegalen Zeitungsmänner die erste Nummer der „Badischen Neuesten Nachrichten“ in Händen halten, dann erhebt sich in ihnen die Forderung, daß jener antifaschistische Geist, der die Blätter von „Trotz alledem“ erfüllte, und der die Kraft zum Ausharren gab, in der neuen, legalen Zeitung sich so lange fortsetze, bis die letzten Spuren einer verderblichen Ideologie verschwunden sind und eine wahrhaft demokratische Geistigkeit das Leben der Aufbauenden ergriffen hat.

Niemand kann voraus wissen, welche niederdrückende oder auch erhebende Ereignisse künftighin im Leben der Stadt eine Rolle spielen werden, doch es wird die Arbeiterschaft stets der Träger der fortschrittlichsten und kämpferischen Idee sein; denn sicher ist eines: Gemeinsames Beraten, gemeinsames Entschließen und gemeinsames Ausführen sind die Grundpfeiler einer lebendigen Demokratie. Ihr allein wohnt die Möglichkeit inne, die Gesellschaft aus überlebten zu heben, zu sozialistischen Daseinsformen emporzuführen.

Kommunistische Partei  
Kreisleitung Karlsruhe

Es ist gerade heute nicht leicht, die überaus zahlreiche Leserschaft einer Zeitung zu befriedigen. Wir erwarten von einer Zeitung, daß sie uns, nachdem das Wort Pressefreiheit in den letzten Jahren vollständig verschwunden war, alle Ereignisse, besonders des politischen Lebens, jeden Aufsatze oder jede Rede, klar und sachlich übermittelt, um sich wieder das Vertrauen zu erwerben, welches der Leserkreis wegen der einseitig agitatorischen, verlogenen Art der NS-Partei-pressen verloren hatte. Der zweite Faktor bei der Herausgabe einer Zeitung ist die Mitarbeit des Lesers. Es ist Aufgabe der Leser, Stellung zu nehmen oder sachliche Kritik zu üben an den Veröffentlichungen der Zeitung. Eine wirklich demokratische Zeitung muß auch der Leserschaft ein freies Wort gestatten.

Und soll die Zeitung nicht helfen, die Verbindung mit dem Ausland wieder langsam aufzunehmen? Wir können nicht reisen, können keine Bücher kaufen. Die Zeitungen in Deutschland sind eine der wenigen Brücken, die uns mit dem wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Leben der Welt noch verbinden. Diese Brücke muß gefestigt werden.

Wir erwarten also viel von einer Zeitung. Doch Herausgeber und Leser werden ihr Ziel erreichen, wenn sie harmonisch zusammenwirken. In diesem Sinne heißen wir unsere Zeitung herzlich willkommen.

Stadtrat Albert Kefler,  
Vorsitzender der Demokratischen Partei.

## Verzauberung durch Musik

De huscht im dünnen Gras eine kleine Eidechse. Das reizende Tierchen hat keine Waffe, kann weder beißen noch kratzen, noch Gift ausspritzen, es kann nur flink davonlaufen. Mit der Hand es zu haschen ist nicht leicht. Gelingt es, dann klopft das kleine Herz so schnell und ängstlich, daß das Tierchen uns leid tut, und wir es schnell wieder hinsetzen. Wie aber sollen wir es ruhig anschauen können und seine klugen Augen und die hübsche Zeichnung auf dem Rücken betrachten? Ich weiß es, ich pfeife ihm eine kleine Melodie vor, die ich so lange wiederhole, wie ich das Tierchen anschauen will. Und siehe, es reckt sich bei dem Klang in der Sonne hoch und blickt wie verzaubert bei meinem Pfeifen zu mir hin. Solche Zauberkräfte geht von ein paar Tönen aus. Läßt sich auch der Mensch durch Musik verzaubern? Ich glaube ja. Wenn unser kleiner Christoph sein Gemüse nicht essen will, dann sing ich ihm leise ein Liedchen; er sieht mir entzückt auf den Mund und merkt dabei nicht, daß ihm mittlerweile sein ganzes Gemüse eingeklopft wurde.

Wollt ihr das auch einmal probieren, wenn eure Kleinsten das Essen nicht mögen? Und vielleicht singt ihr auch einmal wieder mit euren Kindern die schönen Lieder eurer Jugend und die Liedchen aus dem Kindergarten. Ihr werdet bald merken, wie die Zank- und Streit-tuscheln zwischen den Kindern verschwinden, und wie ihr selbst die Sorgen der Zeit für eine Weile vergessen könnt.

Hannelore

**Küchenabfälle für die Schweinemästereien.** Im Interesse der Fleischversorgung der Stadt hat die Stadtverwaltung das Einsammeln von Küchenabfällen für die Schweinemästerei eingeführt. Die Küchenabfälle der Karlsruher Haushaltungen und Großküchen sollen erfaßt und gesammelt werden.

# Das Kind in der Familie

Im Rahmen der Volkshilfskurse der vereinigten katholischen und evangelischen Arbeitsgemeinschaften hielt Dr. Kappes einen Vortrag über das Kind in der Familie. Der Fülle des Stoffes entnehmen wir folgende wichtige Einzelheiten: Das Kind braucht vom ersten Tag nach der Geburt eine strenge Ordnung hinsichtlich Ernährung und Sauberhaltung. Die genaue Reihenfolge zur festgelegten Stunde, gleichviel, ob der Säugling schreit oder nicht, ist der erste Anfang zur Erziehung des Kindes, die beim Säugling nicht anders als durch Gewöhnung beginnen kann. Eine wichtige Unterstützung beim Aufziehen der Säuglinge und Kleinkinder in der Familie sind die ärztlich geleiteten Beratungsstellen und die Mithilfe der Fürsorgerinnen, wie sie als Organe der städtischen und ländlichen Gemeinden vor 1933 bestanden haben. Den zentralisierten und mit vielerlei Aufgaben überlasteten Wohlfahrtsämtern stand diese rein praktische, vorbeugende Gesundheitsfürsorge in Stadt und Dorf gerade, sie sollte so schnell wie möglich in weitem Umfang wieder eingeführt werden.

Die Ordnung, von welcher der Kirchenvater Augustinus sagt, „daß der sich selbst zur Strafe wird, wer ungeordnetem Geistes ist“, wird auch für das heranwachsende Kind verlangt. Neben der geordneten körperlichen Pflege ist hier für die geistige Entwicklung des Kindes die Geordnetheit innerhalb der Familie und weiteren Umwelt von großer Bedeutung. Die vergiftete, Kindererziehung durch die Madhhaber des Dritten Reiches, die Folgen von Krieg, Evakuierung, fehlendem Wohnraum und Hausrat u. a. m. führten und führen zu schädlichen Störungen der geistigen und seelischen Entwicklung. Manche Nachteile können durch die Selbstbeherrschung der Eltern und Erzieher verhütet werden. Das Kind sollte nicht jede Mißstimmung, in der die Erwachsenen stehen, zu spüren bekommen. Der Kindergarten,

der den Kleinkindern die Einpassung in die Gemeinschaft, Erlernung der Beherrschung des Körpers bei Spiel, Gesang und Rhythmik gibt, ist zu empfehlen. Der Schule fällt die wichtige Aufgabe zu, Kenntnisse zu vermitteln, zum selbständigen Denken zu erziehen und den zukünftigen Staatsbürger heranzubilden. Die vormalige und militärische Erziehung, wie sie im letzten Jahrzehnt vor sich ging, wird energig abgelehnt. Pestalozzi's Worte gelten auch heute noch: „Es ist für den sittlich, geistig und bürgerlich gesunkenen Weltteil keine Rettung möglich als durch die Erziehung, als durch die Bildung zur Menschlichkeit, als durch die Erziehung der Menschlichkeit.“ Es ist für die Erhebung des Weltteiles und auch für seine Wiederherstellung, teures, gesunkenes Vaterland kein Rettungsmittel wahrhaft wirksam, das nicht von einer psychologisch tief erforschten Ausbildung der sittlichen, geistigen und Kunstanlagen ausgeht und wieder zu ihr hinführt.“ Dieser Bildungsweg muß auch der kommende sein. Die Erzieher und Lehrer können wir uns nicht anders denken, als daß in ihnen Liebe und Autorität vereinigt sind, um die Jugend empfänglich zu machen und zu leiten. Einer besonderen Fürsorge bedürfen schwierige und schwere erziehbare Kinder; für sie wird die Einrichtung von Erziehungsberatungsstellen verlangt.

Wir hörten erschreckende Zahlen über die Säuglingssterblichkeit und Sündenerkrankungen von Krankheit und Elend der Kinder, wie sie vielfach infolge Mangel und Not entstanden sind, und wir wurden an die tiefen Worte Borgias erinnert: Nach der Vertreibung aus dem Paradiese blieben uns Sterne, Frühlingserblumen und Kinderangen.

Die Vorträge, die sich trotz des Sturmes und Regens eines eifrigen Besuches erfreuten, finden jeden Montag, um 19.30 Uhr, im Munz-Saal, Waldstraße Nr. 79, statt.

Die Sozialdemokratische Partei hat Jahrzehnte vor dem Zeitungssterben 1933 eine Tageszeitung herausgegeben, den „Volksfreund“, der mit einer Auflage von 28 000 den Bezirk Mittelbaden überzog. Der „Volksfreund“ war in diesem Abschnitt die größte politische Tageszeitung.

Die allmächtige „Führer“-Zeitung und mit ihr der ganze bombastische Nazismus sind an der Einschumpfung der tausend Jahre auf 12 Jahre, sowie durch den Einmarsch der alliierten Truppen zu Grunde gegangen.

Zwischen beiden Reminiscenzen ist ein Unterschied.

Dem wie die Welt sich wandeln mag, rastlos im Weben und Streben, Sozialdemokraten in Nacht und Tag, sie bleiben immer am Leben!

Karlsruhe hat nun eine neue und gleichzeitig seine erste Zeitung wieder, ein Gemeinschaftsorgan demokratischer Möglichkeiten und Absichten. Die Sozialdemokratie in Karlsruhe hat diese Geburt mit durchlaufen, steht nun auch Pate dazu und ist bereit, in dem gegebenen Rahmen Entwicklung und Weit dieser Zeitung mit zu fördern. In der sicheren Erwartung, als Partei in ihr ausgiebig zu Wort zu kommen. Wir wollen mit den anderen inzwischen froh und zufrieden sein, wenn wir alle gemeinsam aus dem Chaos herauskommen. Die „Badische Neueste Nachrichten“ sind schon ein Schöpfungsereignis des Willens dazu. Das Entwicklungsergebnis wird dann auch gut werden, so daß man nun am ersten Erscheinungstag das Kind auf die Reise schicken mag mit Dank für die Zulassung und Unterstützung seitens der Militärregierung, zum Wohle der Demokratie und zu Ehren Gutenbergs.

Möge der neue Geist durch diese Zeitung lebendig werden zum Segen der Menschheit und zur Sicherung eines unvergänglichen Friedens.

Sozialdemokratische Partei  
Karlsruhe Stadt und Land,  
Elgro.

## Neubildung der Gewerkschaften

Als General Eisenhower in seinem Aschener Punkten die Bildung Freier Gewerkschaften in Deutschland wieder gestattete, haben alte und junge Gewerkschaftler aus dem antinazistischen Lager in Karlsruhe eine Organisation für alle Schaffenden gegründet. Am 26. August 1945 wurde der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund als Einheitsorganisation genehmigt.

Die ersten Gewerkschaftsversammlungen nach zwölfjähriger Unterdrückung wurden mit Freuden begrüßt. Die früheren freien, christlichen und Hirsch-Dünckerschen Gewerkschaften schlossen sich zusammen mit dem Ziel, soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Arbeitnehmer zu erstreben. Der ADGB wird die Vertretung und Förderung seiner Mitglieder in geistiger und wirtschaftlicher Beziehung unter Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen wahren.

Der vorläufige Ausschuss wurde in den erweiterten und engeren Vorstand umgewandelt, weiter wurde die

Bildung folgender 13 Gruppen herbeigeführt:

Bau- und Holzgewerbe, Steine und Erde, Eisen- und Metallindustrie, Handel, Transport und Verkehr, Gemeinde- und Staatsbetriebe, Öffentliche und rechtliche Körperschaften, Banken und Versicherungen, Post und Telegraphie, Eisenbahn, Nahrungs-, Genuß- und Getränkeindustrie, Graphisches Gewerbe, Textil-, Leder- und Bekleidungsindustrie, Papier- und chemische Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Technische Angestellte, Kaufmännische Angestellte, Beamte und Behördenangestellte, Lehrer, Freie Berufe.

In diesen Gruppen finden alle Schaffenden einen Platz. Jede Gruppe wählt auf demokratische Grundlage ihre eigene Leitung in geheimer Wahl. Dadurch wird die völlige Selbständigkeit garantiert. In den ein-

zelnen Gruppen werden sich Sparten fachlicher Art bilden und ihre Aufgaben wahrnehmen.

Die Mitgliederzahl ist auf über 18 000 gestiegen. In 140 Betrieben wurden 446 Arbeitnehmervertreter (Betriebsräte) gewählt. Einige Behörden und Ämter stehen noch aus. Z. Zt. finden die Wahlen der Delegierten zur Generalversammlung und die Gruppenleitung wird anfangs März stattfinden mit Beschlußfassung über die Richtlinien und Satzungen für das Jahr 1946.

Erstrebt ist zunächst der Zusammenschluß der nordbadischen Organisationen mit dem württembergischen Gewerkschaftsbund zu einer einheitlichen Organisation soweit sie sich auf die amerikanische Zone erstreckt.

Die Gewerkschaften aller Länder richten ihren Blick auf uns. Wir müssen zeigen, daß wir würdig sind, recht bald in die Millionengemeinschaft der Weltgewerkschaften aufgenommen zu werden.

Karl Flösser,  
1. Vorsitzender des ADGB Karlsruhe.

## Aus der Gewerkschaftsbewegung

**Gewerkschaften und Demokratie.** Der Aufbau der deutschen Gewerkschaften unter entsprechender Kontrolle ist nach Ansicht des Generalmajors Franc J. MacSherry, Leiter der Abteilung Arbeitseinsatz der amerikanischen Militärregierung, ein bedeutender Beitrag zur Bildung einer echten Demokratie in Deutschland. Er glaube, daß mit der Durchführung der kirchlich stattgefundenen Gewerkschaftswahlen in Berlin, die Voraussetzungen für eine Demokratie erfüllt sind. Der Generalmajor sagte: „Öffentliche Versammlungen und Diskussionen werden bei der demokratischen Erziehung mitwirken, und für die Durchführung der politischen Steuerung nützlich sein. (Dana.)“

**Gewerkschaftsdelegation in Nürnberg.** Die neu erstandenen deutschen Gewerkschaften müßten ein dynamisches Instrument zur Verhinderung des Wiederaufstehens faschistischer Bewegungen und zur Säuberung Deutschlands von der Nazi-Ideologie werden, erklärte der Vorsitzende der z. Zt. in Deutschland weilenden Studienkommission des internationalen Gewerkschaftsbundes Sidney Hillman, auf einer Nürnberger Pressekonferenz. (Dana.)

**Erste Gewerkschaftsitzung.** Die „Gewerkschaftszeitung“ erhielt als erstes Blatt der Gewerkschaften in der britischen Zone ihre Lizenz. Lizenzträger und Herausgeber sind Franz Spilied, Petersen und Beward. (Dana.)

**Zulassung von Nazis zu Gewerkschaften.** Die Frankfurter Gewerkschaften haben ent-

schieden, daß ehemalige Mitglieder der Nazi-partei, soweit sie nicht Aktivisten waren, Gewerkschaftsmitglieder werden können. Jedoch ist ihnen das Bekleiden höherer Funktionen vorerst nicht gestattet. Da nach dem Gesetz Nr. 8 ehemalige Parteigenossen nur noch als einfache Arbeiter tätig sein dürfen, ist diese Entscheidung der Gewerkschaften als der Organisation für alle Arbeitnehmer von besonderer Bedeutung. (Dana.)

**Baugewerkschaft.** Im Monat Februar hat im Industriegebiet Bau des ADGB von Karlsruhe Stadt und Land ihre erste Delegiertenversammlung abgehalten. Nach kurzen Begrüßungsworten des Kollegen Eiblicher, der seit Wiedererleben der Gewerkschaften den Aufbau der Gruppe Bau übernommen hatte, konnte aus dem Tätigkeitsbericht eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung verzeichnet werden. Die Gruppe Bau, die Schlüsselindustrie der gesamten Wirtschaft, muß auch im ADGB die stärkste Organisation werden. Kollege Eiblicher wurde in geheimer Wahl einstimmig zum Gruppenleiter der Industriegruppe Bau gewählt. Für die Generalversammlung des ADGB sind 11 Delegierte durch Wahl bestimmt worden.

**Neues englisches Gewerkschaftsgesetz.** Im englischen Unterhaus wurde das neue Gewerkschaftsgesetz in zweiter Lesung mit 369 gegen 194 Stimmen angenommen. Dadurch wird das Gewerkschaftsgesetz von 1927 widerrufen, unter dem das Streikrecht gewissen Beschränkungen unterworfen, besonders aber der Generalstreik verboten war. (Dana.)

